

PROTOKOLL ZUM 3. BÜRGERDIALOG

der IBA Hamburg GmbH und der igs 2013 hamburg gmbh

am 12. November 2008 ab 18:00 Uhr

im Bürgerhaus Hamburg Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg

BEGRÜßUNG UND AKTUELLE INFORMATIONEN

Frau Petra Bäurle, die Moderatorin der Veranstaltung, heißt alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger, sowie die Vertreter des Beteiligungsgremiums und der Behörden zum 3. Bürgerdialog der IBA Hamburg GmbH und igs hamburg 2013 gmbh herzlich willkommen. Sie gibt einen kurzen Überblick zum Ablauf und den Inhalten des Tages.

Im Anschluß übergibt sie das Wort an Herrn Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg GmbH, der zunächst den aktuellen Stand der Planungen und Projekte der IBA vorstellen wird, ehe nachfolgend Herr Claus Kriegs, bei der igs hamburg 2013 gmbh zuständig für Prozesssteuerung und Bürgerbeteiligung, analog einen Überblick zum Planungsstand der igs-Planungen und -Projekte gibt.

Kurzüberblick zum aktuellen Planungsstand zentraler IBA-Projekte

Herr Hellweg betont bei seinem Vortrag, dass das laufende Jahr 2008 das Jahr der Planungen gewesen sei. Viele Projekte der Internationalen Bauausstellung hätten konzeptionell ausgearbeitet und konkretisiert werden können. Im kommenden Jahr sollten die ersten Projekte Umsetzung finden. Diese Entwicklung sei zu begrüßen, denn es könnten so innerhalb kürzester Zeit erste Ergebnisse erzielt werden.

Im Zuge der folgenden Präsentation werden die wichtigsten Ziele bzw. Leitthemen der IBA, Kosmopolis, Metrozonen und Stadt im Klimawandel genannt und anhand einiger Projekte beispielhaft ausgeführt und vorgestellt. Die Diskussionsrunden des 3. Bürgerdialoges werden sich auch mit Fragen zu diesen Themenkomplexen beschäftigen.

Herr Hellweg legt darüber hinaus dar, dass die IBA in Hamburg eindeutige Unterstützung erführe. Deutlich werde dies mit dem Beschluss die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in der Neuen Mitte Wilhelmsburgs als zentralen Baustein anzusiedeln. Dies sei ein Bekenntnis der Hamburger Bürgerschaft für den Standort Wilhelmsburg. Das Planrecht solle nächstes Jahr geschaffen werden, der Sprung über die Elbe werde so sehr konkret.

Als einen der wesentlichen Programmpunkte für das Jahr 2009 werden zudem Maßnahmen für den Klimaschutz in Aussicht gestellt. Wilhelmsburg solle als erster Stadtteil klimaneutral konzipiert werden. Hierbei sei die Wilhelmsburger Bevölkerung aufgerufen, sich zu beteiligen und bei dem Modellprojekt mitzuwirken.

Abschließend bedankt er sich für das Interesse der Anwesenden und übergibt das Wort schließlich an Herrn Kriegs.

Kurzüberblick zum aktuellen Planungsstand zentraler igs-Projekte

Herr Kriegs stellt in seiner Präsentation den aktuellen Planungsstand zentraler igs-Projekte vor. Ähnlich der IBA seien dieses Jahr viele Grundlagen geschaffen worden und ab dem nächsten Jahr solle ebenfalls mit der sukzessiven Realisierung begonnen werden.

Die Baumaßnahmen würden in einzelnen Etappen erfolgen, so dass Teile des Parks nach Möglichkeit immer nutzbar blieben. Die Bedeutung dieses Frei- und Erholungsraums sei schließlich bereits heute enorm für die Wilhelmsburger und die Beeinträchtigungen durch Baumaßnahmen sollten reduziert werden.

Auftakt für die Bautätigkeiten werde der zukünftige Westeingang im Nordwesten des Geländes sein. Aber auch in zentraleren Bereichen des igs-Parks und entlang der Bahntrasse würden die ersten Maßnahmen umgesetzt. Wichtig sei der igs hierbei, in engem Kontakt mit den Anliegern, wie zum Beispiel den Kleingärtnern, zu stehen und gemeinsame Wege zu gehen.

Die Welt der Religionen mit ihrem Garten der Religionen sei auch als ein Baustein zum friedlichen Nebeneinander zu sehen. Ein erfolgreicher Auftakt mit Vertretern der großen fünf Weltreligionen sei in diesem Jahr erfolgt, ab 2010 sollten jährlich gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden.

Abschließend gibt Herr Kriegs noch einen kurzen Überblick zu den weiteren Tätigkeiten, die in Vorbereitung auf die igs begonnen wurden. Es habe erstmals eine vollständige Erfassung des Baumbestandes auf dem zukünftigen igs-Gelände gegeben. Etwa 4.500 Bäume seien registriert worden. Von ca. 450 Bäumen im Bereich der Mengestraße müssten ca. 90 Bäume entfernt werden. Dieses solle jedoch behutsam geschehen und den Charakter des Ortes nicht beeinträchtigen. Für kranke, erhaltenswerte Bäume seien Pflegemaßnahmen festgelegt worden. Der igs sei insgesamt daran gelegen, den gewachsenen Bestand als wesentliches Element zu achten. Die Wetter- und Bracks seien ebenfalls untersucht worden, mit der Entschlickung einzelner Bereiche solle auch im nächsten Jahr begonnen werden.

Im Rahmen dieses Bürgerdialogs sollten die Konzeption und die Nachnutzungsmöglichkeiten des Hallenkomplexes sowie die Schaffung von Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für Menschen aus allen Generationen thematisiert werden. Es würden diesbezüglich Anregungen und Impulse seitens der interessierten Bevölkerung erwartet.

Abschließend bedankt sich Herr Kriegs bei den Anwesenden und übergibt das Wort wieder an Frau Bäurle.

DISKUSSIONSRUNDEN

Frau Bäurle stellt die Diskussionsrunden des 3. Bürgerdialoges mit den jeweiligen Moderatoren und Fachleuten vor. Die Bürgerinnen und Bürger sind nach einer kurzen Pause angehalten, sich für eine der Gruppen zu entscheiden und die Diskussion zu suchen.

Folgende Diskussionsgruppen stehen zur Auswahl:

Diskussionsrunde 1:

Aktueller Stand der Verkehrsplanungen in Wilhelmsburg (Großer Saal)

Diskussionsrunde 2:

Neue Arbeit im Quartier (Kleiner Saal)

Diskussionsrunde 3:

Sport- und Veranstaltungshallen: Ein Angebot für Wilhelmsburg und Hamburg? (011)

Diskussionsrunde 4:

Weltquartier - eine Heimat für 30 Nationen (Raum 012/013)

Diskussionsrunde 5:

Spielen und Bewegen im Park: Ein Park für alle Generationen? (Kleiner Saal)

Diskussionsrunde 6:

Bildungschancen für alle (Raum 112/113)

Diskussionsrunde 7:

Wohnen und Arbeiten im Harburger Binnenhafen (Raum 111)

PROTOKOLLE ZU DEN EINZELNEN DISKUSSIONSRUNDEN

Protokoll der Diskussionsrunde 1: Aktueller Stand der Verkehrsplanungen in Wilhelmsburg

Moderation:	Mone Böcker
IBA Hamburg:	Uli Hellweg Hans Christian Lied
Beteiligungsgremium: Sowie:	Hans-Jürgen Maaß etwa 75 Teilnehmer

Ablauf der Diskussionsrunde

Zum Auftakt der Arbeitsgruppensitzung, die sich inhaltlich mit den aktuellen Verkehrsplanungen in Wilhelmsburg auseinandersetzen soll, begrüßt die Moderatorin Mone Böcker die anwesenden Personen und stellt kurz die offiziellen Vertreter vor, die als Fachleute ebenfalls an der Sitzung teilnehmen. Im Anschluss gibt sie das Wort an Herrn Christian Lied, der seitens der Veranstalterin IBA Hamburg GmbH zunächst sein Bedauern zum Ausdruck bringt, dass nicht, wie im Vorwege angekündigt, ein Vertreter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), Amt für Verkehr und Straßenwesen, teilnehmen kann.

In diesem Zusammenhang kündigt er an, dass im Rahmen der Sitzung ein Mail-Verteiler angelegt würde, so dass Interessierte zukünftig über weitere Veranstaltungen zu diesem Thema informiert und benachrichtigt würden. Das erklärte Ziel bestehe darin, eine verstärkte Kommunikation zu etablieren und einen Sondertermin mit dem Amt für Verkehr und Straßenwesen der BSU zu organisieren und die Thematik des aktuellen Stands der Verkehrsplanungen in Wilhelmsburg zur Diskussion zu stellen.

Nachfolgend präsentiert Herr Lied den derzeitigen Stand der Planungen und deren fachlichen Hintergrund. Inhaltlich werden die Themenkomplexe Hafenquerspange, Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße und der Ausbau der Radwegeverbindungen umrissen.

Zum Beginn der Diskussion ergreift Frau Böcker wieder das Wort, erläutert kurz die Modalitäten, die die Diskussion strukturieren sollen und fragt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wo ihrer Ansicht nach noch Informationsdefizite lägen.

Eine Wilhelmsburger Bürgerin meldet sich zu Wort und stellt dar, dass insgesamt das Problem darin bestehe, dass zu wenig Informationen vorlägen und bei der Bevölkerung Ängste geschürt würden, wenn lediglich einzelne Sachverhalte oder Planungen unzusammenhängend durchdrängen. Darüber hinaus ist sie der Ansicht, dass eine Autobahn wesentlich mehr Nachteile für den Stadtteil brächte als beispielsweise eine Kraftfahrstraße. Die bloße Verlagerung der Trasse der Hafenquerspange vom Norden in den Süden sei keine Lösung, sondern nur eine Verlagerung des Problems mit anderen Betroffenen.

Eine andere Bürgerin schließt sich diesen Ausführungen an. Die geplante A26 und vor allem die angedachte Verlängerung dieser Trasse nach Wilhelmsburg hätten einen „Staubsauger-Effekt“, der wesentlich mehr Verkehr nach Wilhelmsburg leite. Außerdem sei ihrer Ansicht nach, der parallele Verlauf von zwei Autobahnen, die nur ein bis zwei Kilometer auseinander lägen, nicht sinnvoll. Eine weitere Bürgerin sieht dies ebenfalls kritisch und gibt darüber

hinaus zu bedenken, dass bei einer Autobahn längere Auffahrten konzipiert werden müssten, die bei einer möglichen Aufständigung der Trasse zusätzlich ins Gewicht fielen.

Herr Lied betont, dass die verkehrsplanerischen Untersuchungen ergeben hätten, dass nicht ersatzlos auf die Wilhelmsburger Reichsstraße mit heute 55.000 Kfz/d verzichtet werden könne. Die A1 und die Straßen im Hafen könnten den anfallenden Verkehr nicht alleine aufnehmen. Ohne einen Ersatz käme es zu Verkehrsverlagerungen auf Erschließungsstraßen im Ortsteil. Die jetzt geplante auf die heutige Bahntrasse verlagerte Straße sei pro Richtung zweispurig und unterscheide sich deshalb hinsichtlich der Kapazität nicht von der heute existierenden Wilhelmsburger Reichsstraße mit ebenfalls zwei Spuren pro Fahrtrichtung.

Herr Metin Hakverdi, Bürgerschaftsabgeordneter der SPD aus Wilhelmsburg, würde gerne eine Begründung erfahren, warum seitens der IBA nun doch eine Ostverlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße favorisiert würde. Bis dato hieße es schließlich, eine solche Streckenführung sei technisch nicht zu realisieren.

Herr Lied erläutert, dass der Vorschlag der Ostverlegung aus dem Beteiligungsgremium der IBA/igs komme. Die IBA hätte den Vorschlag zunächst abgelehnt, da sie damals davon ausging, dass eine Verlegung auf die Bahntrasse nicht in Frage käme und eine Abfahrt auf die Neuenfelder Straße erforderlich wäre. Unter den genannten Prämissen hätte die Straße weit in das igs-Gelände eingeschnitten und ein Teilabriss der Berufsschule wäre erforderlich gewesen. Der BSU seien nun seitens der Deutschen Bahn ausreichend Flächen auf der vormaligen Bahntrasse in Aussicht gestellt worden und auf eine Abfahrt an der Neuenfelder Straße könne verzichtet werden. Im Ergebnis sei der Verlagerungsvorschlag des Beteiligungsgremiums nun auch nach Auffassung der IBA realisierbar.

Herr Manuel Humburg rät, den Fachleuten nicht ohne Vorbehalte zu vertrauen. Seiner Ansicht nach hätten alle derzeitigen Planungen Schwächen und die Variante anstelle einer Schnellstraße eine zusätzliche Autobahn durch den Stadtteil zu legen, resultiere lediglich daraus, dass sich Hamburg eine erforderliche Stadtstraße durch den Bund finanzieren lassen wolle. Sein Plädoyer laute daher, auch den wahren Fachleuten Gehör zu schenken, das seien die Bürger vor Ort. Des Weiteren äußert er angesichts der Unverhältnismäßigkeiten der Projekte Unverständnis. Zunächst hätte die Wilhelmsburger Reichsstraße weggelassen werden, dann werde aus dieser plötzlich eine Autobahn. Die Stadt bemühe sich, Bundesmittel zu generieren. Wesentliche Sofortmaßnahmen, die in Aussicht gestellt würden, wie der Abriss des Zollzaunes oder die Verbesserung der Radwegesituation, gerade auch durch den Hafen zum Alten Elbtunnel als die wichtige Anbindung an die Stadt, blieben auf der Strecke, obwohl gerade sie die Lebensbedingungen der Anwohnerinnen und Anwohner im Stadtteil erheblich verbessern würden.

Herr Hans-Jürgen Maaß ergreift das Wort und berichtet, dass die Verlegung der Reichsstraße bereits seit sieben Jahren thematisiert würde. Anstoß wäre damals die Zukunftskonferenz Elbinsel gewesen. Seiner Meinung nach, sollte eine endgültige Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Es sei im Gesamtinteresse Aller sinnvoller, eine langfristige, vernünftige Lösung zu suchen und umzusetzen, die kleinteilige Bausteine gewinnbringend zu einem Gesamtkonzept vereine und die besonderen Charakteristika des Ortes achte, als jetzt mit populären, kurzfristigen Interessen Änderungen anzustoßen, die eher marginale Verschiebungen der Probleme erwarten ließen.

Herr Lied entgegnet, dass die IBA zunächst vorgeschlagen hätte, die nötige Nord-Süd-Verbindung der Wilhelmsburger Reichsstraße vollständig aus dem Stadtteil zu entfernen und

als Ringverbindung westlich in den Hafen zu verlagern. Dieser Vorschlag sei mit einer Nordtrasse der Hafenuerspanne verknüpft gewesen, die sich als unbezahlbar herausgestellt hätte. Auch verkehrlich sei diese Lösung unter anderem wegen der im Hafen zukünftig stark zunehmenden Verkehre umstritten gewesen. Anschließend weist Herr Lied nochmals darauf hin, dass es bei der Realisierung einer neuen Straße für die Ausgestaltung und die nötigen Querschnitte unerheblich sei, ob eine vierspurige Straße als anbau- und planfreie Bundesstraße oder als Autobahn umgesetzt würde. Das Straßenprofil sei nach den aktuellen Vorschriften in beiden Fällen identisch.

Ein Bürger meldet sich zu Wort, ihn störe, dass die Planungen bezüglich der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße bereits soweit gediehen seien, dass über Finanzierungen gesprochen würde, anstelle inhaltliche und konzeptionelle Belange in den Vordergrund der Überlegungen zu rücken. Außerdem solle viel mehr darüber nachgedacht werden, die ohnehin gerade ausgebaute S-Bahnverbindung nach Stade weiter zu qualifizieren, mehr Kapazitäten zu schaffen und so die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel zu erhöhen. Bei einem solchen Vorgehen genügte dann eventuell auch kleinere Straßenvarianten, um den aufkommenden Verkehr zu bewältigen. Generell bilde eine große Autobahn eher Anreize aus, der individuellen Mobilität nachzukommen und erzeuge somit verstärkten Verkehr.

Ein weiterer Bürger bringt zum Ausdruck, dass die bislang durchgeführte Bürgerbeteiligung in seinen Augen eine leere Worthülse sei. Dieses zeige sich ganz eindrucksvoll bei dem Thema der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße. Die Information, dass derzeit gerade die Realisierung einer zusätzlichen Autobahn als favorisierte Variante verfolgt würde, sei nicht durch die IBA kommuniziert worden, sondern sei bei einer Veranstaltung des BUND „durchgesickert“. Insgesamt bemängelt er, dass ein integriertes Gesamtkonzept fehle. Nach seinem Wissensstand kenne derzeit keiner die zu erwartenden Verkehre und weitere Kenngrößen. So fände er es inakzeptabel, eine Autobahn zu planen. Er sei weiterhin für eine Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße, aber eben nicht um den Preis einer zusätzlichen Autobahn in Wilhelmsburg.

Herr Michael Rothschuh, Mitglied beim Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V., ergreift daraufhin das Wort und veranschaulicht, wie ein Straßennetz für den Hafen ohne Wilhelmsburger Reichsstraße oder einer neuen Autobahn aussähe. Seiner Ansicht nach gelte es, ein Netz von Straßenbeziehungen zu schaffen. Hierbei würden keine Autobahnen nötig sein, sondern die bestehenden Straßen müssten vielmehr ausgebaut und ertüchtigt werden. Allem voran gelte es, die bestehenden Knotenpunkte umzubauen und kreuzungsfreier zu gestalten. Im Kern sähe seine Arbeitsgrundlage ein Verkehrsnetz vor, welches effizienter gestaltet sei und den Verkehr komplett aus Wilhelmsburg heraus hielte. Lediglich die Anliegerverkehre ansässiger Betriebe sollten innerhalb des Wilhelmsburger Stadtgebietes abgewickelt werden. Der Vorteil einer solchen Lösung im Gegensatz zu den vorgestellten Streckenvarianten bestehe darin, dass die kritischen Verkehrsknoten aufgelöst werden könnten. Sollte beispielsweise die A26 Richtung Wilhelmsburg verlängert werden und dann im Norden bei den Elbbrücken münden, würden sich hier weiterhin Staus einstellen, da hier ebenfalls die A255 als Anschluss der A1 endet und das Verkehrsaufkommen durch die neue Streckenführung deutlich zunehmen würde. Nach Ansicht von Herrn Rothschuh sei es daher für die zukünftigen Planungen nötig, den Blick aufzuweiten, neue Konzepte zu entwickeln und die ausgetretenen Pfade zu verlassen. Zumal die konzeptionellen Überlegungen und Streckenführungen aus der Zeit der autogerechten Stadt stammten und mittlerweile überholt sein sollten.

Herr Lied merkt an, dass diese Zeit sicherlich passé sei. Man dürfe die Augen nicht vor der Realität verschließen und müsse neben dem heutigen Verkehrsaufkommen auch die

zunehmenden Hinterlandverkehre aus dem Hafen beachten und rechtzeitig konzeptionell auf sie reagieren.

Eine Bürgerin wünsche sich ein Verkehrsleitsystem, so dass die Georg-Wilhelm-Straße im südlichen Bereich entlastet werden könne, als alternative Route könne beispielsweise die Schmidtsbreite dienen. Ebenso könnten, sofern der Zollzaun im Norden der Elbinsel fiele, hier ebenfalls alternative Routen ausgewiesen und geschaffen werden, so dass einzelne Straßen entlastet würden.

Vor dem Hintergrund des Verkehrsleitsystems und der angedachten Streckenführung der neuen Autobahn entlang der Bahntrasse wirft Herr Maaß ein, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung wenig bringen dürfte. Aufgrund der geraden Streckenführung würden die Geschwindigkeiten mit Sicherheit überschritten und vornehmlich in den Nachtstunden könne es so zu erheblichen Lärmbelastungen kommen. Nach Auskunft der HPA sollten - seinem Kenntnisstand nach - in näherer Zukunft große Flächen nahe Maschen als Hinterlandterminals ausgebaut werden und die Verteilung der Container solle dann dort erfolgen. Er schlägt in diesem Rahmen eine automatisierte Zubringung der Container vor. Eine solche Entwicklung würde die „Karten neu mischen“, andere und vor allem weniger Verkehre wären dann in und um Wilhelmsburg zu erwarten.

Eine Bürgerin richtet so letztendlich die Frage an die IBA, ob es tatsächlich in ihrem Interesse sei, 2013 mit einer Autobahn identifiziert zu werden, die dann das teuerste Projekt darstelle und mit einem „riesigen Lärmschutzmonster“ versehen sei. Ihrer Ansicht nach verfolge die IBA viele ansprechende und für den Stadtteil sinnvolle, gewinnbringende Projekte, so dass auch die Verkehrsthematik innovativer angegangen werden solle.

Im Gegensatz hierzu erwidert Klaus Lübke, Mitglied der SPD, dass er sich für den Fall der Realisierung der Autobahn auf jeden Fall ein solches „Lärmschutzmonster“ wünsche. Wilhelmsburg und die Veddel seien schließlich ohnehin bereits durch den vorhandenen Lärm stark beeinträchtigt und eine Verlagerung der Verkehre in andere Stadtteile, wie mit dem von Herrn Rothschuh vorgetragenen Verkehrsmodell verbunden, sei letztendlich auch keine adäquate Lösung des Problems. Andere Bürger würden dementsprechend beeinträchtigt.

Frau Böcker ergreift wieder das Wort und bedankt sich für die anregenden Beiträge durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Allerdings müsse sie auf ein Ende der Diskussion drängen, da die zur Verfügung stehende Zeit bereits überschritten sei. Sie bedauert, dass die übrigen Themen durch die Arbeitsgruppe nicht mehr behandelt werden konnten, bedankt sich aber herzlich für das Engagement und überlässt das Schlußwort Herrn Uli Hellweg.

Herr Hellweg bedankt sich seinerseits nochmals bei den Anwesenden für die vielen Anregungen und inhaltlich richtigen Beiträge. Er betont in diesem Zusammenhang, dass auch er den Sogeffekt und ein verstärktes Verkehrsaufkommen für Wilhelmsburg sähe, wenn die A26 realisiert sei. Eine Ringverlagerung, wie sie von Herrn Rothschuh vorgeschlagen wurde, fände er ebenfalls interessant und überlegenswert. Jedoch betont er die wichtige Nord-Süd-Verbindung, die für die Hamburger Verkehre maßgeblich sei und deren Effizienz gesichert werden müsse.

Seiner Ansicht nach gäbe es mehrere Alternativen:

- eine Autobahn würde realisiert,
- eine Schnellstraße würde realisiert oder
- es geschähe zunächst nichts und die Wilhelmsburger Reichsstraße bliebe am heutigen Ort bestehen.

Insgesamt gibt er aber zu bedenken, dass die Wilhelmsburger Reichsstraße im Norden und im Süden in Autobahnen münde und es so nur eine Frage der Zeit sei, bis hier ein Lückenschluss erfolge. Sollte dieser dem jetzigen Verlauf der Wilhelmsburger Reichsstraße folgen, wäre es wohl die denkbar schlechteste Variante.

Als Ziel und Ergebnis dieser Arbeitsgruppensitzung formuliert Herr Hellweg daher, dass nun die Fachleute in die Pflicht genommen werden müssten. Es müsse in Bezug auf die Verkehrsplanung die „Wahrheit“ ergründet werden: Was sei mach- und realiserbar, welches seien die zu erwartenden Perspektiven und welche Alternativen bestünden? Auf einem solchen Sachstand aufbauend, solle dann gemeinsam diskutiert und gemeinschaftlich müsse ein Weg gefunden werden, der von allen maßgeblichen Akteuren - auch denen des Stadtteils - getragen werden würde bzw. werden könne.

Protokoll zur Diskussionsrunde 2: Neue Arbeit im Quartier

Moderation:	Chris Cohen
IBA Hamburg:	Gottfried Eich Gerti Theis
Mitglied Beteiligungsgremium:	Klaus-Carsten Beck
BSU, Leitstelle Integrierte Stadtentwicklung:	Anna Becker
Fachamt Sozialraummanagement, Bezirksamt HH-Mitte:	Yvonne Nische
Sowie:	9 Teilnehmer

Ablauf der Diskussionsrunde

Herr Chris Cohen begrüßt die Anwesenden und übergibt das Wort an Herrn Gottfried Eich, der einleitend neben einem kurzen Informationsinput die Aktivitäten der IBA bezüglich des Themas „Neue Arbeit im Quartier“ vorstellt: Zurzeit gäbe es laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit ca. 7.500 Arbeitslose in Wilhelmsburg. Dies entspräche einer Arbeitslosenquote von 12,3%. Bei einer Quote von 6,2% für die Gesamtstadt Hamburg sei dieser Wert fast doppelt so hoch. Auch bei der Anzahl der Langzeitarbeitslosen schneide Wilhelmsburg im Verhältnis zur Gesamtstadt schlecht ab. Ungefähr ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Stadtteiles beziehe Hartz IV und ca. 1/3 der Familien im Reiherstiegviertel seien überschuldet.

Im Groben könne man die Aktivitäten der IBA zum Thema „Neue Arbeit auf den Weg bringen“ drei Bereichen zuordnen:

- Im neuen Gewerbehof im Weltquartier sollen in Kleinbetrieben 30 bis 50 Arbeitsplätze entstehen.
- Nach der Umstrukturierung sollen Räumlichkeiten des Veringhof-Nord für Künstler bereitgestellt werden. Der erste Bauabschnitt werde in diesem Jahr noch realisiert.
- Ein neues Projekt im Veringhof 7 diene der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Träger Die Anstifter, Elbe-Werkstätten, stilgewand - 3 Monkeys - Grone Netzwerk GmbH, Gangway e.V., Rackow-Schule, SBB Kompetenz GmbH, Unternehmer ohne Grenzen e.V., Handwerkskammer Hamburg, LoWi Büro für Lokale Wirtschaft, Beschäftigung und Bildung e.V. und Afrika Bund e.V. beabsichtigten, ein ‚Zentrum für Lokale Ökonomie, Bildung und Qualifizierung‘ im Gebäudekomplex Am Veringhof 7 zu realisieren. Dies beinhalte ein ‚Zentrum für Unternehmensentwicklung und -gründung‘, einen Produktions- und Qualifizierungsbereich Textil, Mode und Design mit mehreren Unternehmensneugründungen und Verknüpfungen zu Textilprojekten von Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und der ‚Marke Veddel‘, den Arbeitsbereichen Gartenbau und Näherei der Elbe Werkstätten sowie ein Community Dance und SportsCentre Hamburg, Ausstellungs-, Show- und Veranstaltungsräume mit Cafeteria als Crossover-Projekt. Die IBA GmbH unterstütze das gesamte Vorhaben, da es Beschäftigungs- und Qualifizierungsvorhaben für benachteiligte Gruppen des Arbeits-

marktes mit realistischen Ansätzen der Kreativen Ökonomie in einer Weise zu verbinden suche, die bislang nicht existieren würden.

Überdies gäbe es weitere externe Maßnahmen: Hierzu zähle zum Beispiel die Vermittlung von ungefähr 150 Stellen für schwervermittelbare Erwerbstätige bei Qualifizierungsträgern. Frau Anna Becker von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erklärt, dass in Kooperation mit anderen Behörden die so genannten SGB §16a Stellen in benachteiligten Stadtteilen vermittelt würden. Beispielhaft könne hier die „Fahrradstadt Fahrradverleih“ genannt werden, in der 50 Stellen durch diese Maßnahme finanziert würden. Der Schwerpunkt dieser Maßnahmen liege in Stadtteilen aus dem Bereich der Sozialen Stadtteilentwicklung, das bedeute, dass auch Personen von außerhalb hier beschäftigt werden könnten. Die Kosten trügen zu 75% die „team.arbeit.hamburg“ und zu 25% die Behörde für Wirtschaft und Arbeit Hamburg.

Herr Gottfried Eich macht außerdem darauf aufmerksam, dass sich für die Elbinsel das Gesamtvolumen aller Investitionen auf ca. 250-300 Mio. Euro belaufe. Wichtig hierbei sei, dass kein so genannter „Airbus-Effekt“ entstehe, sondern die Investitionen möglichst Auswirkungen auf die lokale Beschäftigungslage haben sollten. In diesem Zusammenhang starte die Handwerkskammer Hamburg ab Januar 2009 ein ESF-gefördertes Vorhaben, das bei zukünftigen Ausschreibungen (zum Beispiel Bauaufträgen) zum Ziel habe, lokale Unternehmen in die Lage zu versetzen, sich gemeinsam bewerben zu können.

Zu den oben aufgeführten Aktivitäten stellt Herr Cohen als erstes Ziel fest, dass diese Maßnahmen sich an die Menschen vor Ort richten würden und dabei langfristige Arbeitsplätze entstehen müssten. Ergänzend dazu bemerkt Frau Yvonne Nische, dass sich Produkte am Markt behaupten müssten, damit sich Arbeitsplätze dauerhaft ansiedelten. Als Beispiel nennt sie die vorgesehene Produktion von Modeartikeln in Zusammenarbeit mit der Designerin Silvia Pawenstedt im Stadtteil Hamburg Veddel.

Auf eine Frage vom Teilnehmerkreis bezüglich des Projektes „Veringhof“ gibt Frau Gerti Theis von der IBA die Ziele und den aktuellen Stand wieder:

- Beim Veringhof-Süd gehe es direkt um die Förderung der lokalen Ökonomie im Zusammenhang mit Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, unter dem Motto: „Kunst macht Arbeit“.
- Beim Veringhof-Nord dagegen handle es sich um städtische Immobilien, die bei einem geeigneten Konzept sowohl für Künstler aus Wilhelmsburg als auch von außerhalb bereitgestellt werden könnten. In diesem Zusammenhang könnten seitens der Künstler Konzepte bis Anfang Dezember bei der IBA eingereicht werden.

Zu einer allgemeinen Frage, inwiefern die IBA bei dem Vorhaben Veringhof aufträte, macht Herr Eich deutlich, dass die IBA in diesem Fall nur eine Vermittlungsrolle übernehme. Sie sei Initiator, Katalysator und Inkubator zugleich, aber verfolge nicht unmittelbar eine Beschäftigungsstrategie, da es dafür keinen Auftrag und keine gesonderten Ressourcen gäbe. Dieses Vorhaben solle auch als „Cross-Over“ Projekt verstanden werden, bei dem angedacht sei, behördenübergreifend in der Planung und Förderung zusammenzuarbeiten.

Abschließend zur Diskussionsrunde hält Herr Cohen noch einmal die wichtigsten Aussagen fest, die später präsentiert werden:

Maßnahmen, um Beschäftigung im IBA-Gebiet zu fördern, könnten wie folgt aussehen:

- Attraktive Produkte erzeugen (für dauerhaft gesicherte Arbeitsplätze)
- Nachhaltige Arbeit (SGA §16a Stelle u.a.)

- Attraktive Räumlichkeiten vermitteln (Veringhof)
- Cross-Over (behördenübergreifende Zusammenarbeit stärken)
- Bedarf, Konzept und Finanzierung verknüpfen

**Protokoll zur Diskussionsrunde 3:
Sport- und Veranstaltungshallen: Ein Angebot für Wilhelmsburg und Hamburg?**
Thema: Nutzungen des Hallenkomplexes nach der igs 2013

Moderation:	Petra Bäurle
igs hamburg:	Wolfgang Denien Ina Heidemann Peter Adler
Mitglied Beteiligungsgremium:	Frau Bettina Kiehn, Leiterin Bürgerhaus Wilhelmsburg
Sowie:	9 Teilnehmer

Ablauf der Diskussionsrunde

Nach einer Einführung in das Thema des heutigen Werkstattgesprächs und der Vorstellung der Projektverantwortlichen durch Frau Petra Bäurle, gibt Herr Wolfgang Denien einen tieferen Einblick über die Hintergründe der heutigen Diskussion.

Für die igs hamburg 2013 würden für die obligatorische Blumenschau zwei Hallen mit einer Fläche von insgesamt ca. 8.000qm benötigt. Dabei stelle sich die Frage, wie bzw. ob diese Hallen nach 2013 weiter genutzt werden könnten. Zu diesem Zweck habe sich Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Behörde für Kultur, Sport und Medien, Sportvereinen und anderen Vereinen und Institutionen aus Wilhelmsburg gegründet, um gemeinsam ein Nutzerkonzept zu entwickeln. Grundlage für ein mögliches Konzept sollten drei Säulen sein:

1. eine kommerzielle Nutzung,
2. eine Erweiterung der örtlichen Sportszene,
3. gesundheitsorientierte Nutzungen.

Zu klären sei jedoch noch die Frage, welche Nutzung wie viel Fläche benötige und vor allem wer als Investor gewonnen werden könne.

Im Detail sei vorstellbar, dass in einem Kopfgebäude an der Neuenfelder Straße eine Hotelnutzung mit ca. 120/140 Betten untergebracht würde. Darunter befinde sich eine Tiefgarage mit 500-800 Stellplätzen. Daran anschließend würden sich die beiden Hallen mit 4.600qm bzw. 2.700qm Fläche erstrecken, in denen während der igs die Blumenschau stattfände. Im südlichen Teil befänden sich das verlagerte Hallenbad und eine Liegewiese. Die Hallen seien mit einer Sport-, Bewegungs- und Gesundheitspassage verbunden, die während der igs mit verschiedenen Nutzungen - zum Beispiel Skatepark und Feng-Shui - bespielt würden. In Ergänzung dazu sollten ein Hochseilgarten und eine Kletterhalle entstehen. Für die Kletterhalle gäbe es bereits einen interessierten Investor. So entstehe ein Gesamtensemble, das für eine Nachnutzung äußerst attraktiv sei. Unter einer thematischen Hülle aus „Spiel, Sport und Freizeit“ könne der Kreativität für eine Nachnutzung freien Lauf gelassen werden.

Thematische Schwerpunkte der Diskussion

Die Hallen allgemein

Die Hallen würden für die Blumenschau benötigt werden, das heißt sie würden in jedem Fall errichtet. In welcher Form, als temporäre Gebäude, die nach der igs wieder abgebaut oder als feste Baukörper, die nach 2013 weiter genutzt werden, hinge vom jeweiligen Konzept für die Nachnutzung ab und ob sich ein Investor finden ließe. Ein Mix von verschiedenen Investoren sei ebenso möglich.

Genauere Aussagen zur Architektur der Hallen könnten noch nicht getroffen werden, da es noch keinen Architektenwettbewerb gegeben habe. Angesprochen wurde unter anderem, ob die Dächer der Hallen begrünt seien und inwiefern an eine solare Nutzung der Dachflächen gedacht werde. Entsprechende Vorgaben seien im Wettbewerbsverfahren zu berücksichtigen. Der B-Plan für die Hallen ermögliche es zudem, dass diese auch für gewerbliche Zwecke nachgenutzt werden könnten, zum Beispiel für Büros oder als Werkhof.

Schwimmbad

Für das Wilhelmsburger Hallenbad sei als eine Variante eine Verlagerung angedacht. Diese sei aus städtebaulichen Gründen sinnvoll, da am neuen Standort Synergien genutzt werden könnten. Zudem könnten wirtschaftliche Faktoren dafür sprechen, da in den nächsten Jahren ohnehin notwendige Renovierungsarbeiten am Bad vorgenommen werden müssten. Die zuständigen Behörden müssten allerdings noch Stellung nehmen. Im Falle einer Verlegung des Schwimmbades solle eine Nutzung des alten Bades bis zur Neueröffnung am neuen Standort gesichert sein. Auf die Frage, ob sich am Aufbau des Schwimmbades etwas ändere, stehe von Seiten des Betreibers (Bäderland Hamburg GmbH) fest, dass es kein vergleichbares Konzept wie zum Beispiel in Harburg (Midsommerland) geben würde. Eine Erweiterung des Angebotes sei dennoch angedacht. Interessant in diesem Zusammenhang sei, dass sich Hamburg für die Austragung der Schwimm WM 2013 bewerbe. Möglicherweise ließen sich Trainingseinrichtungen mit dem Schwimmbad kombinieren. Eine weitere Variante sei, dass das Schwimmbad erst nach der igs verlegt würde. Dann ließen sich vielleicht die leer stehenden Hallen der Blumenschau bzw. Teile davon nutzen. Eventuell könnten auch Teile der Ausstellung selbst erhalten und mit der Schwimmbadnutzung unter einem „Tropicarium“ kombiniert werden.

Reha-Zentrum

Es würde unter anderem überlegt, ein Reha-Zentrum in Kooperation mit dem Krankenhaus Groß-Sand als Ankernutzung für den Standort zu gewinnen, um so auch mögliche Synergien mit dem Schwimmbad zu generieren. In diesem Zusammenhang werde der Wunsch nach einem Fitnesscenter geäußert, das zwar kommerziell geführt werden könne, aber dennoch moderate Preise anbieten solle.

Aufgrund innerbetrieblicher Umstrukturierungen im Management des Krankenhauses Groß-Sand seien derartige Pläne derzeit nicht angedacht. Sollte sich allerdings noch eine Einigung ergeben oder ein anderer Kooperationspartner gefunden werden, würde dies eine durchaus realistische Nachnutzung darstellen, sofern keine Konkurrenz zu bestehenden Angeboten, vor allem im Bürgerzentrum, geschaffen würde.

Veranstaltungshalle (1.000 - 1.500 Zuschauer)

In Hamburg gäbe es keine Halle, die eine Kapazität von 1.000-1.500 Zuschauer für Veranstaltungen jeglicher Art bieten könne. Entsprechende Angebote lägen entweder darunter oder gingen weit über diese Kapazität hinaus. Eine solche Veranstaltungshalle werde jedoch von den Teilnehmern des Werkstattgesprächs eher skeptisch gesehen. Frau Bettina

Kiehn merkt zum Beispiel an, dass eine mögliche Nutzung für Theaterveranstaltungen nicht realistisch sein könne, da der Standort und das Umfeld nicht das richtige „Flair“ böten. Ein Theater in dieser Dimension sei ihrer Einschätzung nach nicht sinnvoll.

Eine weitere Nutzung für die Halle könnten Box-Wettkämpfe für die Jugend-Box-Weltmeisterschaft sein oder andere publikumswirksame Sportveranstaltungen. Eine publikumswirksame Ausrichtung werde allerdings in Frage gestellt. Vielmehr sollte die Halle eine Ergänzung für die Wilhelmsburger Sportlandschaft darstellen. Eine realistischere Nutzung würde in diesem Zusammenhang Kleinfeld-Fußball (Soccer-Five, 4 plus Eins) mit angeschlossenem Gastronomiebetrieb und sportspezifischem Einzelhandel darstellen.

Synergien zwischen Schulen und Sportvereinen

Laut Aussagen des Sportamtes sei das Angebot an Flächen für Sportnutzung in Wilhelmsburg ausreichend. Im Rahmen des Werkstattgesprächs stellt sich heraus, dass dies anders wahrgenommen würde. So hätten die Vereine durchaus die Erfahrung, dass es an Flächen- und Hallenangeboten für Sport mangle. Ebenso wird von Seiten der Nutzer beklagt, dass es nicht nur in Wilhelmsburg, sondern in ganz Hamburg schwierig sei, Hallenzeiten zu erhalten. Eine entsprechende Erweiterung der Hallenlandschaft könne also ein Nutzen über die Grenzen Wilhelmsburgs hinaus haben und Ausweichflächen für andere Hamburger Vereine schaffen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ergibt sich der lebhafteste Wunsch, den Vereinssport mit dem Schulsport näher in Verbindung zu bringen. Die Wilhelmsburger Vereine vermuten unter anderem, dass die sinkenden Mitgliederzahlen mit der Ausweitung der Ganztagsbetreuung an den Schulen zusammenhänge. Im Gegenzug würden sich die Schulen mehr Möglichkeiten wünschen, die Jugendlichen sportlich zu fördern. Mit einer Bündelung des Sports an einem Standort und der Konzentration des Schul- und Vereinssports in einem gemeinsamen Hallenkomplex ließen sich Synergien besser nutzen. Eine weitere Idee sei die Kombination mit einem Leistungssportzentrum mit angeschlossener Talentförderung, über das sich möglicherweise auch Sponsoren akquirieren ließen.

Riesenaquarien

Als eine weitere Nachnutzung der Hallen werden große Kaltwasseraquarien zur Ausstellung heimischer Pflanzen- und Tierwelten vorgeschlagen. In Hamburg gebe es durchaus eine große Gemeinschaft begeisterter „Aquarianer“, die sich unentgeltlich am Aufbau und der Pflege dieser Becken beteiligen würden. Eine solche Nutzung ließe sich möglicherweise auch mit Teilen der Blumenschau kombinieren und atmosphärisch die Nähe zu dem neuen Schwimmbad nutzen. Zudem wird vorgeschlagen, eine gastronomische Nutzung daran anzugliedern.

Hotel

Nach der Erfahrung von Frau Kiehn über die Nachfrage von Tagungsgästen in Wilhelmsburg, solle das Hotel ein solides Angebot haben und sich in einer Preiskategorie von drei Sternen bewegen. Ebenso kann Frau Kiehn sich vorstellen, dass speziell die Nachfrage junger Gäste gedeckt werden solle, da u.a. über die geplante Barkassenverbindung eine schnelle Anbindung an die Hamburger Innenstadt ermöglicht werden könne.

Protokoll zur Diskussionsrunde 4: Weltquartier - eine Heimat für 30 Nationen

Moderation:	Harriet Witte
IBA Hamburg:	Sabine de Buhr
Mitglied Beteiligungsgremium:	Volker Schenk
BSU, IBA-Projektgruppe:	Cordula Ernsing
SAGA GWG:	Dittmar Loose
Pro Quartier:	Ulrike Pelz
Sowie:	20 Teilnehmende (2 davon direkt aus dem Weltquartier)

Ablauf der Diskussionsrunde

In einer Vorstellungsrunde äußern die Teilnehmenden ihre Wünsche, Erwartungen, Sorgen und Hoffnungen. Herr Loose sowie Frau de Buhr wünschen sich von den Teilnehmenden eine Rückmeldung zum Projekt Weltquartier. Frau Pelz stellt die Frage, wie man noch mehr Menschen „ins Boot bekommen könne“ und Frau Ernsing möchte ein Gefühl der Anwohner zum Projekt bekommen.

Die Teilnehmenden hätten einen großen Informationsbedarf und ein großes Interesse an der Veränderung des Weltquartiers. Insbesondere die Frage, was mit dem Bunker passiere, läge den Teilnehmenden auf dem Herzen. Auch kommt die Frage auf, inwieweit es zu einer Verdrängung von bestimmten Bewohnerschichten durch die Aufwertung infolge von möglichen Mieterhöhungen käme?

Des Weiteren stellt sich heraus, dass auf briefliche Einladungen wie zum Beispiel die Einladung zum Bürgerdialog („die auch wie Werbung aussieht“) kaum jemand reagiere, sondern eine persönliche Ansprache („das gesprochene Wort zählt“) besser funktioniere. Als die Heimatforscher in die Wohnungen kamen, den Kontakt zu jedem einzelnen in seiner Muttersprache suchten und befragten, was für ihn Heimat sei und was für ein Wohnraum bevorzugt würde, war die Resonanz schließlich sehr hoch.

Die Moderatorin Frau Witte liest im Anschluss an die Vorstellungsrunde die drei Thesen für die Diskussion vor:

1. Das Weltquartier wird umgebaut - um den Bewohnern gute Wohn- und Lebensverhältnisse zu sichern
2. Das Weltquartier ist Heimat - und bleibt es für Menschen aus über 30 Nationen
3. Das Weltquartier wird lebenswerter - und damit eine Bereicherung für die Bewohner und das Reiherstiegviertel

Der Wunsch der Teilnehmenden sei es, dass Herr Loose von der SAGA GWG zunächst die einzelnen Maßnahmen im Weltquartier erläutere, damit jeder den gleichen Wissensstand habe, um dann im Anschluss die Thesen diskutieren zu können.

Das Quartier

Herr Loose berichtet, dass das Wohnquartier in zwei Teile untergliedert worden sei, indem der nördlich der Neuhöfer Straße gelegene Abschnitt zum Sanierungsgebiet Reiherstiegviertel gehöre, während der südlich gelegene Bereich nicht mit aufgenommen worden sei. Um dieses Quartier dennoch aufzuwerten, wäre es der IBA als Projekt vorgeschlagen worden.

Die Ergebnisse der Heimatforscher würden zeigen, dass die Bewohner sich günstigen, familiengerechten Wohnraum wünschten, also mit vielen Zimmern auf wenig Fläche und dazu mit einem Balkon. Zurzeit gäbe es ein Überangebot an 2-Zimmer-Wohnungen mit einer großen Wohnfläche, die für Familien mit Kindern ungeeignet seien. Auch seien einige Wohnungen von Schimmelbefall betroffen.

Der 1. Bauabschnitt der Umbaumaßnahmen (an der Weimarer Straße) werde seitens der SAGA GWG bereits realisiert. Der 2. Bauabschnitt sei die erste Maßnahme im Rahmen der IBA und befände sich am Weimarer Platz, der ebenfalls umgestaltet werde. Der Begriff Weimarer Platz sei für die Bewohner noch befremdlich, da dieser bisher nicht existiere.

Im 1. Bauabschnitt an der Weimarer Straße würden die Mehrfamilienhäuser energetisch saniert werden. Zusätzlich würden im Westen vor den Häusern und Wohnungen Loggien geschaffen. Diese seien im Grunde Balkone, die durch Glaswände auch im Winter nutzbar seien. Im 2. Bauabschnitt käme es dann auch zu Grundrissveränderungen und Wohnungszusammenlegungen. Von dieser Maßnahme seien rund 70 Mietparteien betroffen.

Vor dem Umbau und einer Umsetzung für die Bauzeit bespräche die SAGA GWG mit jedem Mieter die Vorgehensweise und die auf ihn zukommende Mieterhöhung, die sich aber kaum bemerkbar machen würde. Wenn über die Hälfte der Mieter den Maßnahmen zugestimmt habe, werde mit der Umsetzung begonnen.

Mieterhöhungen?

Aufgrund der öffentlichen Förderungen gäbe es Mietpreisbindungen für die nächsten 15 Jahre. Die Ausgangsmiete betrage aktuell 5,60€ pro qm Wohnfläche und dürfe in den Folgejahren nur geringfügig erhöht werden.

Dennoch haben die Teilnehmer der Diskussionsgruppe Bedenken, dass sehr viel in die Wohnungen im Weltquartier investiert werde, so dass sich die dort lebenden Bewohner die Miete auf Grund der Aufwertung nicht mehr leisten können und aus ihren Wohnungen ausziehen würden bzw. müssten. Hierdurch würden die Wohnungen dann wieder vernachlässigt werden. Die IBA und die SAGA GWG seien sich einig, dass es aufgrund der öffentlichen Mietpreisbindung nur zu kaum spürbaren Mietpreiserhöhungen kommen werde.

Öffentliche Mittel

Für das Weltquartier stünden öffentliche Mittel in Höhe von 75 Mio. € zur Verfügung. Die SAGA GWG gehe bei der Umsetzung abschnittsweise vor. Ziel sei es, bis 2013 die Arbeiten abgeschlossen bzw. zu mindestens 80% fertiggestellt zu haben. Für das Weltquartier sei die IBA die maßgebliche Kraft, die SAGA GWG führe allerdings die Umsetzung durch.

Der Bunker

Der Bunker solle zum Energiebunker umgebaut werden und das Weltquartier mit Wärme und Energie versorgen. Hierfür würden Solarzellen auf ihm und ein Blockheizkraftwerk mit Wärmespeicher installiert werden. Die Teilnehmenden äußern ihre Bedenken gegenüber den Kosten, die für dieses Projekt aufgebracht werden müssten. Da sich der Bunker im Besitz

der Stadt befände, sei die Stadt jedoch dazu verpflichtet, das Bauwerk zu erhalten. Ein Abriss des Bunkers käme wegen des enormen Aufwandes nicht in Frage.

Ergebnisse der Diskussionsrunde

Die Diskussion der drei Thesen war aufgrund des großen Informationsbedarfes nicht möglich. Als Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe kann dennoch festgehalten werden:

- Es hätte ein hoher Informationsbedarf bestanden, der weiterhin bestehe, Informationslücken müssten geschlossen werden.
- 18 Uhr sei für diese Sitzung zu früh (Vielen sei ein Erscheinen zu dieser Zeit nicht möglich).
- Die SAGA GWG habe den richtigen Weg gewählt, die im Quartier Wohnenden seien überwiegend gut informiert, aber die angrenzenden Bewohner hätten einen großen Informationsbedarf.
- Die Einladung zum Bürgerdialog sähe nach Werbung aus.
- Eine persönliche Ansprache/Einladung sei gewünscht und werde als zielführender erachtet.
- Im Haus zu wenig Info → Schwarzes Brett.
- Kleinere Veranstaltungen nach Interessen, Themengebieten und Bauabschnitten wären sinnvoll → überschaubare Größe der Veranstaltungen und die richtigen Leute vor Ort seien wichtig für das weitere Verfahren.

Protokoll zur Diskussionsrunde 5:

Spielen und Bewegen im Park: Ein Park für alle Generationen?

Thema: Planung von Spiel- und Bewegungsangeboten für alle Altersgruppen

Moderation:	Liesel Amelingmeyer
igs hamburg:	Astrid Höhne (Projektkoordination Freiraumplanung) Claus Kriegs (Prozesssteuerung und Bürgerbeteiligung) Kirsten Winkler (Landschaftsarchitektin) Martin Legge (Spielpädagoge) Christine Rückmann (Natur- und Umweltpädagogin)
Mitglieder Beteiligungsgremium:	Angela Schapals (Natur- und Umweltpädagogin)
Sowie:	7 Teilnehmende

Ablauf der Diskussionsrunde

Frau Liesel Amelingmeyer begrüßt alle Anwesenden und stellt die anwesenden Mitarbeiter der igs 2013 vor. Daraufhin erläutert sie die vorgesehene Durchführung des Werkstattgespräches:

Zunächst sollten die Teilnehmer ihre subjektiven Meinungen, Wünsche und Vorstellungen bezüglich der Parkgestaltung äußern und dabei vor allem der Frage nachgehen: „Was soll in den Park?“

Als nächster Schritt sollten drei vorgegebene Thesen, die in jeweils zwei gegensätzlichen „Meinungspolen“ formuliert seien, diskutiert werden. Die Teilnehmer seien aufgefordert, sich entsprechend der Thesen zu positionieren. Dies solle helfen, die Wünsche der Teilnehmer für den Park festzustellen. Die Thesen lauten:

1. Die Angebote für Bewegung und Spiel sind auf einzelne Bereiche konzentriert, die übrigen Parkbereiche können ohne Störungen genossen werden < > Der gesamte Park soll Anreize für Begegnung und Spiel bieten: Der Weg ist das Ziel.
2. Im Park sind Geräte aufgestellt, an denen gespielt und trainiert werden kann < > Die gärtnerische Gestaltung des Parks schafft ausreichende Möglichkeiten zum Spielen und Bewegen.
3. Um sich zu bewegen brauchen Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren jeweils altersspezifische Angebote < > Bewegung und Spiel sind an kein Alter gebunden - die gemeinsame Aktivität soll gefördert werden.

Nach einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse durch Frau Astrid Höhne solle anschließend der Frage nachgegangen werden, welche weiteren Beteiligungskonzepte und Verfahren zur Gestaltung des Parks von den Teilnehmern gewünscht werden.

Einige Teilnehmer stellen sich auf die geäußerte Bitte von Frau Amelingmeyer vor.

Wünsche der Teilnehmer für den neuen Park

Frau Amelingmeyer befragt die Teilnehmer einzeln, was sie mit „Bewegen im Park“ verbänden und sich diesbezüglich für den Park wünschen würden. Die Antworten werden auf einer Papiertafel notiert.

Neben der Nennung einer Reihe von Aktivitäten wie zum Beispiel Spazieren gehen, Reiten, Minigolf spielen, Rudern, Boule spielen, Nordic Walking, Thai Chi, Spielen, Toben, Joggen und Klettern, die in dem Park möglich sein sollten, wird der Wunsch nach viel Platz zum entwickeln eigener Aktivitäten geäußert. In diesem Sinne solle auch die Möglichkeit der individuellen Gestaltung durch die Nutzer des Parks eingeräumt werden.

Des Weiteren werde von den Teilnehmern der Wunsch formuliert, Angebote für alle Altersgruppen zu schaffen und dabei insbesondere alte und pflegebedürftige Menschen nicht zu vernachlässigen. Für diese Altersgruppe sollten rollstuhlgerechte Anlagen verwirklicht werden, die sich in ihrer Nutzbarkeit vor allem nach den taktilen Fähigkeiten der Menschen ausrichten. Aber auch gemeinsame Aktivitäten von Alt und Jung sollten baulich und gestalterisch gefördert werden, zum Beispiel durch Patenschaften zwischen Schulklassen und Senioren-Wohnanlagen. Am Rande wird das Thema Sicherheit in dem neuen Park aufgeworfen. Dies solle durch das Aufstellen von Lampen und Bänken gewährleistet werden. Hinsichtlich der Pflege der Parkanlagen wird der Vorschlag gemacht, „Patenschaften“ mit Anwohnern zu schließen, die sich an der Pflege beteiligen könnten.

Eine Anwohnerin äußert ihre Sorge, dass im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der igs vor allem im Bereich des Mengeparks viele Bäume gefällt werden könnten und betont, dass der Park und der dortige Baumbestand im gegenwärtigen Zustand sehr schön und damit erhaltenswert seien. (siehe diesbezüglich „Kurzüberblick zum aktuellen Planungsstand zentraler igs - Projekte“ einleitend zu diesem Bürgerdialog.)

Diskussion anhand der Thesen

These 1

Die Angebote für Bewegung und Spiel sind auf einzelne Bereiche konzentriert, die übrigen Parkbereiche können ohne Störungen genossen werden < > Der gesamte Park soll Anreize für Begegnung und Spiel bieten: Der Weg ist das Ziel.

Frau Amelingmeyer bittet die Teilnehmer von ihren Sitzplätzen aufzustehen und sich entsprechend ihrer Meinung zu der ersten These aufzustellen. Die größte Gruppe positioniert sich mittig und vertritt eine „Sowohl-als-auch“-Haltung. Es wird weitgehend übereinstimmend gefordert, dass sowohl separierte Ruhe- und Aktivzonen gebraucht würden, um Nutzungskonflikte zu vermeiden, wie auch Bereiche für Mischnutzungen. Es sollten Rückzuggebiete für die Natur und Naturerlebnis erhalten bleiben.

Aufgrund der Größe des Parks wird gewünscht, dass jeweils mehrere Bereiche für die unterschiedlichen Aktivitäten angelegt würden, so dass diese auch von allen Nutzern erreicht werden könnten. Als Beispiel werden Kinder angeführt, die nicht in der Lage seien, den gesamten Park zu durchqueren.

Des Weiteren spricht sich die Mehrheit gegen Rundkurse für Skater in dem Park aus. Stattdessen sollten Wege für Skater von dem Park ausgehen und diesen dadurch mit der Umgebung verknüpfen. Für Radfahrer sollten die Parkanlagen zumindest teilweise nutzbar

sein, denn bereits heute würden wichtige Verbindungen für den Radverkehr in Wilhelmsburg durch die Bereiche der zukünftigen Parkanlage verlaufen.

Für die Planung sei es wichtig, zwischen „Hardware“ und „Software“ zu unterscheiden. Orte werden entweder durch die Anlage von entsprechenden Spielgeräten und Infotafeln (Hardware) oder durch die kreative und spontane Nutzung (Software) durch die Parkbesucher definiert.

Infotafeln nach dem Vorbild des Konsulparks sollten Erläuterungen zu den Bäumen und Pflanzen geben.

These 2

Im Park sind Geräte aufgestellt, an denen gespielt und trainiert werden kann < > Die gärtnerische Gestaltung des Parks schafft ausreichende Möglichkeiten zum Spielen und Bewegen.

Auch bezüglich der zweiten These vertritt die Mehrheit der Teilnehmer eine „Sowohl-als-auch“-Haltung. In diesem Zusammenhang wird kritisiert, dass viele neue Spielplätze mit zu viel „Technik“ ausgestattet seien, was nicht notwendig sei, da insbesondere Kinder auch ohne aufwendige Spielgeräte spielen könnten, angesichts der Jahreszeit zum Beispiel „im Laub“. Außerdem bestehe die Gefahr, dass solche Geräte mit der Zeit „verrotten“, wenn sie nicht genutzt würden. Das solle vermieden werden. Als Beispiel werden Trimm-dich-Pfade genannt, wie sie in den 1970er Jahren u.a. in den Harburger Bergen entstanden seien und heute überwiegend einen verfallenen, verwahrlosten Eindruck hinterlassen würden. Daraus werde die Idee entwickelt, in dem neuen Park Trimm-dich-Pfade in Zusammenarbeit mit Fitnesscentern zu betreiben, da diese Einrichtungen mittlerweile vor allem für jüngere Menschen öffentliche Sportanlagen im Außenbereich ersetzen. Mit einer intensiven Vermarktung beispielsweise über das Internet könne daraus eine „neue Chance“ für Wilhelmsburg entwickelt werden. Ergänzend wird angemerkt, dass auch neue Stellplätze und Toilettenanlagen geschaffen werden müssten, wenn der Park Menschen von außerhalb anziehen solle.

Die zuletzt angesprochene Problematik von Hunden im Park wird auf die Bitte von Frau Amelingmeyer nicht weiter diskutiert, da diese zu umfangreich sei, um sie im Rahmen des Werkstattgesprächs abzuhandeln.

These 3

Um sich zu bewegen brauchen Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren jeweils altersspezifische Angebote < > Bewegung und Spiel sind an kein Alter gebunden - die gemeinsame Aktivität soll gefördert werden.

Die Mehrheit der Gruppe spricht sich für eine altersunabhängige bzw. gemeinsame Nutzung durch alle Altersklassen aus. Dem entsprechend sollte der Park durch seine Gestaltung und Konzeption alle Altersklassen ansprechen und zur Aktivität anregen, zum Beispiel durch „Naturspielräume“ wie liegende Baumstämme, da diese zur kreativen Nutzung anregen würden und von allen Altersklassen entsprechend ihrer Fähigkeiten spielerisch angeeignet werden könnten.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens „MeinPark“ würden Schulklassen an der Gestaltung des Parks teilnehmen. In diesem Zusammenhang solle auch die Kommunikation zwischen jungen und alten Menschen gefördert werden. Ältere Menschen seien aufgefordert, ihre

Erfahrungen und Kenntnisse über die bereits bestehenden Parkflächen mit den Schülern zu teilen.

Anschließend fragt Frau Amelingmeyer, ob die Teilnehmer mit dem Beteiligungsverfahren zufrieden seien und ob ergänzend andere bzw. weitere Beteiligungsmaßnahmen durchgeführt werden sollten. Die Gruppe zeigt sich mit dem bisherigen Verfahren grundsätzlich zufrieden, allerdings sollten mehr Schüler mit einbezogen und darüber hinaus sichergestellt werden, dass alle Anwohner und Interessierte über die vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten informiert würden.

Abschließend wurden die Arbeitsergebnisse nochmals von Frau Astrid Höhne zusammengefasst. Sie würde die bisherigen Ansätze der igs durch die Ergebnisse des Bürgerdialoges gestärkt sehen und fühle sich in ihrer Funktion als Projektkoordinatorin der Freiraumplanung besser in der Lage, an den weiteren Planungen des Parks zu arbeiten.

Formale Kritik und Anmerkungen

Alle Teilnehmer loben den Bürgerdialog. Es wird allerdings bedauert, dass keine Migranten an der Diskussion teilgenommen hätten, da diese einen großen Teil der Bevölkerung im Wilhelmsburg stellen. Des Weiteren solle die Zusammenarbeit mit Schülern und jungen Menschen aus Wilhelmsburg forciert werden.

Protokoll zur Diskussionsrunde 6: Bildungschancen für alle

Moderation:	Latifa Kühn
IBA Hamburg:	Theda von Kalben
Bezirksamt:	Ronald Claus
Kulturbehörde:	Werner Frömming
Sowie:	13 Teilnehmende

Ablauf der Diskussionsrunde

Frau Latifa Kühn begrüßt die Anwesenden, stellt den Ablaufplan für die Arbeitsgruppe vor und beginnt mit einem motivierenden Warm-up, bei dem sich die Teilnehmenden auf Zuruf oder mit Blickkontakt Bälle untereinander zuwerfen.

Im Anschluss gibt Frau Theda von Kalben den inhaltlichen Einstieg zum Thema Bildungs-offensive in Wilhelmsburg. Das Projekt sei mit der Zukunftskonferenz und dem daraufhin eingesetzten Forum Bildung entstanden. Ziel sei es, Bildung im Stadtteil für die Bewohner zu verbessern und den Stadtteil generell attraktiver zu machen. Die Visionen wären mit den Vertretern der Bildungseinrichtungen in Workshops vor Ort entwickelt worden. Die Schwerpunkte sind:

- Veddel: Raum für Kunst und Kultur
- Reiherstieg: Sprach- und Bewegungszentrum
- Kirchdorf: Medienzentrum, Produktionsorientierung
- Tor zu Welt: Schul- und Bildungszentrum mit speziellen Angeboten

Frau von Kalben verortet die Themen auf dem Visionsbild der Bildungs-offensive. Sie betont die Entwicklung bzw. Ausgestaltung der Visionen geschehe durch die Menschen vor Ort. Herr Werner Frömming ergänzt generelle Inhalte zum Thema kulturelle Bildung.

Die Moderatorin leitet über zur Arbeitsphase und gibt 3 grundsätzliche Fragestellungen vor, die es in der Gruppenarbeit zu überdenken gelte. Die Beteiligten entscheiden sich für eine gemeinsame Bearbeitung der Fragen.

Es schließt eine kurze Vorstellungsrunde an, bei der die unterschiedlichen Hintergründe der Anwesenden (Eltern, Interessierte, Ehrenamtliche und Fachleute verschiedenen Alters) deutlich werden. Hierbei nennen die Teilnehmenden ihre Anliegen und Vorstellungen bezüglich des Themas und es erfolgen erste Diskussionen.

Was muss passieren, damit Partner (Eltern, Wirtschaft) Bildungsarbeit unterstützen? Was soll die IBA tun?

- Ausbau von Bibliotheken
- kleinere Klassen und fest angestellte LehrerInnen statt Honorarkräfte
- mehr Räume zum außerschulischen Lernen an der Schule
- Aufsuchende Elternarbeit
- andere Partner wie Sportvereine für Bildungsarbeit qualifizieren
- Personalmangel bei Einrichtungen

- Betreuung von Hausaufgaben: ehrenamtliche oder professionelle Betreuung?
- IBA soll vor Ort Menschen ansprechen
- Patenschaftenmodell
- Schließung des Schulstandortes „Rahmwerder Straße“, hierbei ist besonders die Beschulung von Sinti-Kindern in Gefahr
- IBA kann vermitteln, Kontakte knüpfen

Was muss passieren, damit Bildung von 0 bis 100 stattfindet? Was soll die IBA tun?

- Bildungsangebote müssen preiswerter sein
- für handwerkliche, kreative Arbeiten (Holz, Ton, Imkern) als Hobby von Senioren bedarf es mehr oder überhaupt Räumlichkeiten
- Kontinuität von Bildungsangeboten: finanziell und personell
- muttersprachliche Angebote
- Bündelung der Kräfte von Initiativen
- Hochschule oder zumindest Teile der Hochschule auf die Elbinsel holen
- Niedrigschwellige Kulturprojekte anbieten
- IBA könnte bei Realisierung von Schülerprojekten helfen
- Haus der Sinne (Werkstätten, Proberäume) bedarf Geld und Räume
- Vernetzung der Generationen unterstützen: Moderation, Treffpunkt
- IBA könnte die Angebote der Inseinrichtungen stärker vorstellen

Was muss passieren, damit in den Projekten besser zusammengearbeitet werden kann?

- Zusammenarbeit mit Elternnetzwerk und Bezirkselfternausschuss
- leichtbedienbare, intuitive Internetseite
- Kleinanzeigenbörse
- IBA soll auf die Marktplätze
- Bestandsaufnahme aller Bildungseinrichtungen der Insel unter einer Webdomain präsentieren

Weitere Anregungen, Gesprächsthemen

- Unterstützung für interkulturelle Projekte, kulturspezifisch sensibel sein
- Kulturen der Insel zu IBA-Veranstaltungen explizit einladen
- in diesem Zusammenhang Frage nach Kommunikation bei Verständigungsproblemen
- interkulturelle Kompetenz in die Verwaltung bringen
- Lob am breiten Bildungsbegriff der IBA in ihrer Bildungsoffensive, gerade auch in Bezug auf Sport
- IBA könnte den Bildungsbegriff, das Verständnis zu diesem Begriff breit thematisieren

In einer Rückmelderunde, bei der jeder Teilnehmer lediglich ein Wort nennen darf, seien in der Hauptsache die Begriffe „gut“ und „interessant“ geäußert worden.

Frau von Kalben wirbt am Schluss für die Mitarbeit in Arbeitsgruppen in Bezug auf das Themenfeld Beteiligung und bietet sich als Kontaktperson an. Sie bedankt sich für das Engagement.

Frau Kühn bedankt sich ebenso und schließt die Arbeitsgruppe.

Protokoll zur Diskussionsrunde 7: Wohnen und Arbeiten im Harburger Binnenhafen

Moderation:	Thomas Piehl
IBA Hamburg:	Karen Pein
Bezirksamt HH-Harburg:	Carl Henning von Ladiges
Mitglied Beteiligungsgremium:	Jan Peters
channel hamburg e.v.:	Melanie-Gitte Lansmann
Sowie:	16 Teilnehmende

Ablauf der Diskussionsrunde

Herr Thomas Piehl begrüßt alle Teilnehmenden und bittet jeden, sich kurz vorzustellen. Anschließend gibt er einen Überblick in das Themenfeld der Diskussionsrunde. Die zur Verfügung stehende Zeit soll genutzt werden, um den Teilnehmern der Gruppe die Möglichkeit zu geben, ihre Fragen direkt an die IBA zu richten. Aber auch die IBA möchte die Möglichkeit nutzen, Fragen an die Teilnehmer zu stellen.

Herr Piehl wirft zunächst nachstehende Fragen auf, die unter anderem in der folgenden Diskussion vertieft werden sollen:

- Wie viel Wohnungsbaupotenzial steckt im Harburger Binnenhafen?
- An welche Zielgruppen richten sich die Planungen im Harburger Binnenhafen?
- Welche Bautypologien sind denkbar und wünschenswert?

Frau Karen Pein knüpft an diese Fragestellungen an und stellt einige geplante Projekte im Binnenhafen vor:

- Neubau eines Maritimen Competence Centers (MCC)
- Neubau (Wohnen und Gewerbe) im Baufeld 1
- Revitalisierung des Schlosses
- Neugestaltung eines Parks
- Neubau eines Hotels
- Wohnbebauung am Kaufhauskanal

Diese Projekte seien, so Frau Pein, keine neuen Ideen sondern im Wesentlichen Planungen, die das Bezirksamt Harburg entwickelt habe. Sie führt aus, dass 6.000 Beschäftigte und 250 bis 300 Bewohner im Binnenhafen arbeiten bzw. leben würden. Der Binnenhafen werde in Zukunft von einem Quartier mit vorwiegender Hafennutzung zu einem gemischt genutzten Quartier umgestaltet. Dabei würden maritime Nutzungen wie beispielsweise das neu geplante „Maritime Competence Centre“ als geeignet und zielführend empfunden. Weiterhin solle bestandsorientiert geplant werden und die maritime Wirtschaft (zum Beispiel die Schiffswerft) solle bestehen bleiben. Zudem werde eine hafennahe Büronutzung vorgeschlagen. Auch Infrastruktureinrichtungen wie ein Hotel seien in diesem neuen Quartier nötig. Das Wohnungsbaupotenzial im Harburger Binnenhafen sei mit maximal ca. 400 Wohneinheiten an vier Standorten (Schlossinsel Baufeld 1 und 2, Hafencampus, Kaufhauskanal) jedoch sehr gering. Umso wichtiger sei es, auf diesen Flächen die richtigen Bauprodukte für die Zielgruppen zu entwickeln, die dem Standort weiter Dynamik verliehen

und zum Ort passten. Mit dieser Einleitung ins Themenfeld und der Vorstellung des Harburger Binnenhafens wird das Wort nun an die Teilnehmer der Gruppe gegeben.

Zunächst wird von den Teilnehmern über den derzeitigen Stand der Planungen und die aktuelle Situation des Binnenhafens gesprochen.

Herr Piehl wirft die Fragen auf:

Wer wohnt zukünftig im Binnenhafen bzw. wer zieht dort hin? Was ist im nahen Wohnumfeld erforderlich?

Im Harburger Binnenhafen sei eine Wohnnutzung aus Sicht der Teilnehmer an nur sehr wenigen Standorten unbedenklich. Diese wenigen geeigneten Flächen würden als „Perlen“ bezeichnet werden.

Einige Teilnehmer erwähnen, dass schon eine Kindertagesstätte im Binnenhafen ansässig sei und sehr gut angenommen werde. Im Gegensatz hierzu fehle jedoch die Nahversorgung, wie ein Supermarkt, Drogerie etc. Eine Belebung des Binnenhafens durch neue Bewohner sei ebenfalls erforderlich.

Sind 400 neue Wohneinheiten im Binnenhafen zu wenig und welche Wünsche und Ziele gibt es für die Entwicklung des Binnenhafens?

Herr Carl Henning von Ladiges erwähnt, dass die Planungen im Binnenhafen aus Sicht des Bezirksamtes Harburg sehr sensibel und anspruchsvoll seien. Der Anspruch an die Entwicklung bewege sich einerseits zwischen den alten und neuen Nutzern, aber vor allem zwischen einem geplanten ruhigen Umfeld und der derzeitigen Lärmbelastung. Gewünscht sei eine lebendige Hafennutzung mit zusätzlichen Büroflächen. Generell sei die angestrebte neue Nutzung störungsempfindlicher als die Derzeitige, daher sei auch die Planung für diesen Bereich komplizierter. 400 Wohneinheiten seien aus Sicht von Herrn von Ladiges die Obergrenze, die aus heutiger Sicht empfehlenswert sei und realisierbar erscheine. Seiner Meinung nach, sei es eine Frage des Willens, wie viel und in welcher Form Wohnnutzung im Binnenhafen geschaffen werden könne. Der vorhandene Lärm könne bzw. müsse allerdings reduziert werden. Insgesamt sei somit auch ein Maximum von 800 Wohneinheiten denkbar.

Herr von Ladiges sieht wenig Chance, direkt im Binnenhafen eine schulische Versorgung vorzuhalten, da dieses Gebiet immer Randlage von Harburg bleiben werde.

Die Neuplanungen im Wohnungsbau sollten zeitnah begonnen werden. Erste Ideen wie zum Beispiel ein Studentenwohnheim anzusiedeln (im SILO), würden leider nicht realisiert werden. Einige Teilnehmer merken an, dass es wenig Bewohner im Binnenhafen gäbe und diese kaum auffielen. Es solle auf eine stufenweise Entwicklung bei der Neuschaffung von Wohnraum geachtet werden.

Das Verkehrsaufkommen sei auf einigen Straßen extrem hoch. Dementsprechend gäbe es hier einen großen Handlungsbedarf, den Verkehr zu reduzieren und verträglich zu gestalten. Die Straßen seien durch die hohe Verkehrsbelastung oftmals eine Barriere und zudem seien nur wenige Lichtzeichenanlagen vorhanden.

Die neuen Bewohner müssten begeistert und für die neuen Projekte gewonnen werden.

Die potenziell für Wohnungsbau zu beplanende Fläche sei rar. Die schulische Versorgung werde insgesamt nicht als problematisch gesehen, da in Harburg eine gute Versorgung mit

Schulen vorhanden sei und die Bildungseinrichtungen teilweise nicht weit vom Binnenhafen entfernt lägen.

Es kommt von einer Teilnehmerin der Anreiz, junge Leute verstärkt in den Blickpunkt der Betrachtungen zu heben. Entwicklungen wie die Eröffnung des Beach-Clubs seien dabei sehr förderlich. Es sind sich alle Teilnehmer darüber einig, dass der Beach-Club weiterhin bestehen bleiben solle.

Herr von Ladiges bewertet den Binnenhafen für eine Wohnnutzung insgesamt als geeignet. Er merkt jedoch an, dass der Schellerdamm lärmbedingt erst ab dem 2. OG für Wohnzwecke genutzt werden solle.

Es wird von den Teilnehmern die Frage gestellt, ob eine Eisenbahnbrücke für die Hafentramway gebaut werden solle und wann das zu beplanende Areal des Binnenhafens aus dem Hafengebiet entlassen werde? Frau Pein antwortet, dass das Gebiet ab Ende 2008 nicht mehr dem Hafen zugerechnet werden könne. Herr von Ladiges ergänzt hierzu, dass die Hafentramway wichtig sei und seitens der HPA laufend Diskussionen über die Bahntrassen im südlichen Binnenhafen bestünden. Da der Hafenverkehr stetig zunehme, seien hier Lösungen gefragt.

Thematische Schwerpunkte der Diskussionsrunde

Welche Zielgruppen kann man sich als Bewohner des Binnenhafens vorstellen?

Familien seien als zukünftige Bewohner im Binnenhafen denkbar. Die Zielgruppe solle sich aber zu Beginn eher an jungen Leuten (Singles und „Yuppies“) orientieren.

Wie steht es um bisherige und zukünftige Entwicklungen?

Wohnen und Einzelhandel sei derzeit im Binnenhafen noch sehr wenig präsent und unausgewogen. In Bezug auf den Wettbewerb im Wohnungsbausektor sei der Harburger Binnenhafen somit wenig konkurrenzfähig. Daher sei eine Entwicklung mit einer eigenen Dynamik bisher ausgeblieben. Bauträger seien jedoch an zukünftigen Projekten im Binnenhafen interessiert. Dies zeige zum Beispiel die Nachfrage auf der Messe EXPO REAL.

Nach eigenen Einschätzungen und Erfahrungen der Nutzer und Bewohner des Binnenhafens solle vor allem das Flächenangebot differenzieren. Zur Verfügung stehen sollten neben Büroflächen auch Künstlerräume, Atelierwohnungen oder Wohnungen für „Best-Ager“. Auch Mitarbeiterwohnungen, beispielsweise in Form von WGs oder Einzelwohnungen, seien als mögliche Wohnformen denkbar.

Welche Ansprüche haben zukünftige Nutzer und Bewohner an die Wohnungen?

Die gewerblich genutzten Gebäude seien vielfach großflächig, gewünscht würden Nutzer aus den kreativen Berufen. Für diese seien allerdings kleinere Flächeneinheiten erforderlich. Bedarf und Nachfrage nach kleinteiligen Flächen seien nach Erfahrung der Fachleute vorhanden.

Diskussion am Beispiel-Projekt Kaufhauskanal:

Es stellen sich zu diesem geplanten Projekt einige Fragen:

- Wer zieht dorthin?
- Was brauchen mögliche Nutzer vor Ort und im Wohnumfeld?
- Wie wird die Erreichbarkeit und Infrastruktur in den nächsten Jahren angegangen?

Frau Pein von der IBA Hamburg geht auf diese Fragen ein. Es seien 80 Wohneinheiten mit rückwärtiger Lage zur Straße geplant, damit solle eine ruhige Wohnatmosphäre geschaffen

werden. Zudem sei eine Mischung von Angeboten aus Miet- und Eigentumswohnungen geplant. Um das Potenzial des Kanals zu nutzen, solle dieser für kleine Boote schiffbar gemacht werden.

Sind Familien potenzielle zukünftige Bewohner und Nutzer?

Diese Frage wird kontrovers diskutiert und ist abhängig von den unterschiedlichen Standorten. Die Infrastruktur sei noch nicht gut genug ausgebaut. Das Verkehrsaufkommen auf den Straßen im Binnenhafen sei zudem zu hoch. Es würden eher „experimentelle“ Bewohner mit nicht ganz so hohen Ansprüchen, vor allem zu Beginn der Entwicklungen, gesehen werden. Kritisch wird ebenfalls hinterfragt, ob junge Leute in der gewünschten Vielzahl in den Binnenhafen zögen. Dieser „Motor“ könne aus Sicht einiger Teilnehmer nicht bestehen, da im Binnenhafen kein entsprechend günstiger Wohnraum angeboten werde und für die Zukunft auch nicht angeboten werden könne. Entwicklungen wie in Ottensen, wo erst günstige Mieten Bewohner angelockt haben, könnten nicht auf den Binnenhafen übertragen werden.

Welche Bautypologien, städtebaulichen und freiraumplanerischen Gestaltungsmöglichkeiten sind denkbar und wünschenswert?

Die Teilnehmer würden sich bessere Wegeverbindungen und mehr Brücken wünschen. Ebenso seien auch neue Anleger für Boote erstrebenswert. Die Öffnung der Uferkanten sollte weiter verfolgt und die Zugänge zum Wasser attraktiver gestaltet werden. Es solle ein bunter, experimenteller, individueller und anregender Stadtteil entstehen.

Was fehlt noch bei möglichen Entwicklungen im Binnenhafen? Gibt es noch weitere Ideen und Anregungen?

Die Geschichte des Binnenhafens solle bei zukünftigen Planungen berücksichtigt werden. Denkmalschutz und Planen mit dem Bestand seien hierbei wünschenswert.

Des Weiteren wird die Frage behandelt, inwieweit Planungen für den Aufbau des Schlosses vorlägen? Frau Pein berichtet, dass die Entwicklung und die Rekonstruktion des Harburger Schlosses auf der Schlossinsel sehr kostenintensiv sein werden, dennoch eine wünschenswerte Option darstellen würden. Allerdings befände sich das Harburger Schloss in Privatbesitz. Es werde sich in den kommenden Jahren zeigen, welche Vorstellungen und Ideen realisierbar seien. In diesem Zusammenhang erwähnt Frau Pein auch einen möglichen Park/Schlosspark, der auf der Schlossinsel realisiert werden soll. Diese Grünfläche könne sich sehr positiv auf das neu erschlossene und neu geplante Quartier auswirken.

Wohnen auf dem Wasser wird ebenfalls in dieser Diskussionsrunde angesprochen: In welcher Form und wo sei Wohnen auf dem Wasser im Binnenhafen möglich? Hierzu wird der Einwand erhoben, dass mit diesen Projekten oftmals eine Privatisierung von Uferkanten einhergehe, die wenig erwünscht sei. Zudem würden für das Wohnen auf dem Wasser im Binnenhafen, also für Hausboote, nur sehr wenig Standorte bzw. Liegeplätze bestehen.

Abschließende Anregungen

Die Teilnehmer würden sich eine „offene Bühne“ für die Entwicklungen im Binnenhafen wünschen. Der Workshop solle weiterentwickelt werden. Es wird angeregt, für alle Interessierten und engagierten Bürger eine Plattform zu gründen, beispielsweise in Form eines Stammtisches im Binnenhafen. Mit dieser Erkenntnis schließen die Teilnehmer die Gesprächsrunde.

Abschließend bedankt sich Herr Piehl bei den Teilnehmern für die rege Diskussion und Beteiligung an diesem Werkstattgespräch. Frau Pein stellt jedem Teilnehmer ein Exemplar „Denkmalwelt Harburger Binnenhafen“ kostenlos zur Verfügung.

PRÄSENTATION DER EINZELNEN DISKUSSIONSRUNDEN

Nach einer kleinen Pause finden sich die Bürgerinnen und Bürger erneut im Großen Saal zur Ergebnispräsentation der Diskussionsrunden ein. Frau Petra Bäurle übergibt den jeweiligen Moderatoren der Reihe nach das Wort, die kurz für das gesamte Plenum die Ergebnisse aus den Gesprächen der Diskussionsrunden vorstellen.

Nach diesen Präsentationen übernimmt Frau Bäurle wieder das Wort und leitet die allgemeine Plenumsdiskussion ein. Die Bürgerinnen und Bürger könnten abschließend trotz der späten Stunde und dem Überschreiten des avisierten Zeithorizontes noch offene Fragen zu den Themen der IBA und der igs an die anwesenden Fachleute richten.

Ein Mitglied des Beteiligungsgremiums spricht die Ungewissheit über den Erhalt des Schwimmbades an und möchte darüber gerne aufgeklärt werden. Als zuständiger Ansprechpartner antwortet Herr Hellweg, dass der Betrieb des Schwimmbades erhalten bleibe und es keine Nutzungsunterbrechungen geben werde. Bedauernswert sei jedoch, dass für die geplante Verlagerung des Schwimmbades die notwendigen Gelder bislang fehlen würden, so dass noch nicht genau feststehe, wo bzw. in welcher Form das Bad zukünftig betrieben werde. Der Neubau für die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt könne aber trotzdem errichtet werden, da das Bestandsgebäude des Schwimmbades bei dieser Baumaßnahme nicht tangiert werde.

Ein Bürger fragt, ob es Überlegungen gäbe, einen Teil der Universität nach Wilhelmsburg zu verlegen. Seiner Ansicht nach, böte sich hierdurch schließlich die Chance, eine Art Perlenkette der Universitäten von der Hamburger Innenstadt bis nach Harburg auszubilden. Herr Hellweg ergreift abermals das Wort und drückt zunächst sein Bedauern aus, dass die Standortentscheidung für die HCU bereits zu einem früheren Zeitpunkt zugunsten der HafenCity gefallen sei. Die IBA pflege aber eine enge Kooperation mit der HCU, speziell hinsichtlich der Themenfelder Verkehr und Klimaschutz. Ebenso sei durch die HCU ein Studentenwettbewerb „Gesundheitshaus Rotenhäuser Straße, Universität der Nachbarschaften“ durchgeführt worden. Weiterhin werde die HCU auch in den kommenden Jahren Beiträge zu den IBA-Projekten leisten.

Ein anderer Bürger möchte gerne erfahren, wie der aktuelle Stand bezüglich der Schließung der Grundschule „Rahmwerder Straße“ sei. Es wird die Auskunft gegeben, dass die Grundschule scheinbar aus Kostengründen geschlossen werden müsse. Die endgültige Entscheidung bliebe diesbezüglich aber bis zur nächsten Regionalkonferenz offen.

Herr Hellweg wird nach den Kosten für den Gesamtprozess der IBA (-Tätigkeiten) gefragt. Er gibt an, dass laut dem Beschluss der Bürgerschaft von 2006 das Budget der IBA ca. 100 Mio. Euro betrage, wovon ca. 80 Mio. Euro für konkrete Projektinvestitionen aufgebracht würden. Der igs stünden, ebenfalls auf Grundlage eines Bürgerschaftsbeschlusses, ca. 77 Mio. Euro zur Verfügung.

Abschließend wird Kritik über den Abriss einzelner Gebäude geübt. Herr Hellweg nimmt diesbezüglich Stellung und erörtert, dass dies im Einzelfall sinnvoll sei. Beispielhaft führt er den Abriss der Grundschule „Gartenstraße“ an, ohne den das neue Bildungszentrum nicht in der angestrebten Qualität zu realisieren wäre. Generell versichert er jedoch, dass ein Abriss nicht per se als Maßnahme für die IBA in Betracht käme. Es sei den Verantwortlichen vielmehr daran gelegen, Bestand zu halten, zu schützen und zu qualifizieren. Es bedürfe bei den verschiedenen Projekten und den unterschiedlichen Bausubstanzen jedoch Einzelfallprüfungen und -entscheidungen.

SCHLUSSWORT

Herr Kriegs und Herr Hellweg werden von Frau Bäurle gebeten, ein Schlusswort zum Bürgerdialog zu halten.

Zunächst ergreift Herr Kriegs das Wort und stellt fest, dass er sich über das große Interesse an den Aktivitäten im Stadtteil freue. An der Verteilung der Arbeitsgruppen sei erkennbar, dass sich dieses Interesse stärker auf die IBA Projekte als auf die igs 2013 beziehe. Sein persönliches Fazit dieses Abends bestehe darin, dass der Bürgerdialog als eine Form der Beteiligung sehr gut aufgenommen wurde. Daneben seien weitere Formen der Beteiligung erforderlich, die sich an spezielle Bevölkerungs- oder Altersgruppen richten sowie eingegrenzte Themen aufgreifen würden. Im nächsten Jahr würden die Baumaßnahmen der igs 2013 beginnen und die Veränderungen im Stadtteil sichtbarer werden lassen. Die Besucherinnen und Besucher seien alle aufgerufen und eingeladen, diesen Prozess auch weiterhin zu begleiten

Herr Hellweg resümiert abschließend, dass Streit in gemeinsame Haltungen münden müsse, damit Planungen und Ideen konkretisiert und vorangetrieben werden könnten. Vor diesem Hintergrund sehe er die heutige Veranstaltung des 3. Bürgerdialoges und gerade auch die Kontroverse bei einzelnen Themenfeldern als guten, gelungenen Auftakt und als Zeugnis einer intensiven, lebendigen Beteiligung. Die Bürgerbeteiligung lebe seiner Ansicht nach, hierfür möchte er sich bei allen Anwesenden herzlich bedanken und lade zugleich zum gemeinsamen Ausklang der Veranstaltung im Foyer des Bürgerhauses ein.